

II. Begriffe und Beziehungen

1. Beziehungen zwischen Kapitalismus und Marktwirtschaft

Für die Antwort auf die Frage, wohin sich unsere Wirtschaft bewegt, ist eine Unterscheidung zu treffen, die im alltäglichen Sprachgebrauch verloren ging. Es gilt zu unterscheiden zwischen kapitalistischen und marktwirtschaftlichen Strukturen. Beide können zusammentreffen – doch dieser Fall ist nicht zwingend notwendig. Die Koinzidenz von Kapitalismus und Marktwirtschaft scheint vielmehr eine historische Form der Wirtschaftsentwicklung zu sein, deren Ära allmählich endet.

Kapitalismus ist eine Produktionsform: In einer kapitalistischen Wirtschaftsform werden Kapital und Arbeit eingesetzt, um einen größeren Wert an Waren zu erzeugen, als für die Reproduktion notwendig wäre. Die Marktwirtschaft hingegen ist eine Verkehrsform: In marktwirtschaftlichen Systemen erfolgt die Preisbildung über Märkte, die eine vollständige Transparenz gewährleisten sollen und auf denen Angebot und Nachfrage den Gleichgewichtspreis bestimmen. Es erklärt sich aus diesen Definitionen, wie Kapitalismus und Marktwirtschaft jeweils unterschiedliche Sphären und Prozesse einer Ökonomie beschreiben. Zwar besteht die Möglichkeit einer Koinzidenz der Verkehrsform Marktwirtschaft und der Produktionsform des Kapitalismus. Ebenso ist es aber möglich, dass sie nicht gemeinsam in Erscheinung treten. Dann liegt die Produktionsform des Kapitalismus ohne die Verkehrsform Marktwirtschaft vor. Durch die Trennung der ökonomischen Prozesse in Produktions- und Verkehrsform zeigt sich der unterschiedliche Charakter der verschiedenen Sphären.

An den Kapitalismus als Produktionsform heften sich Fragen der Eigentumsordnung, Machtverhältnisse und Ausgestaltung der Sozialordnung. Jeweils der historischen Phase des Kapitalismus zugehörige spezifische Eigenheiten ändern nichts an seinen Grundzügen und können außen vor bleiben. Was sind die Bausteine des Kapitalismus als Produktionsform? In der kapitalistischen Wirtschaft schafft der Einsatz von Kapital und Arbeit einen Überschuss. Der Beginn eines kapitalistischen Produktionsprozesses ist abhängig von vorgeschossenem Kapital. Im vorkapitalistischen Produktionsregime führten der Einsatz des Bodens und seiner Reichtümer und dem Faktor Arbeit zum Produkt, welches gegen

Geld getauscht wurde. Im Kapitalismus hingegen beginnt der Produktionsprozess mit Geld, um an dessen Ende mehr Geld zu schaffen. Eng verbunden ist die kapitalistische Produktionsform mit dem technischen Fortschritt, der eine Steigerung des produzierten Überschusses bei einer Minimierung des Einsatzes des Faktors Arbeit ermöglicht. Wie der Überschuss bezeichnet wird, soll nicht stören: Die einen nennen ihn Mehrwert, die anderen Gewinn oder Surplus.¹⁴ Dieser Gewinn ist ausreichend, um den Zins für das Kapital, den Lohn für den Faktor Arbeit und schließlich, drittens das Entgelt für das unternehmerische Kalkül zu tragen. Der Streit über das wirklich produktive Element in diesem Prozess – also wer von den dreien den Überschuss letztlich erwirtschaftet – soll hier keinen Eingang finden. Während Marx und Engels unterstellten, das Kapital wäre das produktive Element¹⁵, schrieb Sraffa¹⁶ sowohl dem Kapital als auch der Arbeit Bedeutung für die Produktion des Überschusses zu. Verfechter der Arbeitswertlehre sehen allein den Faktor Arbeit als Ursache und Ursprung des Überschusses im Produktionsprozess. Der Kapitalismus akkumuliert – die Akkumulation kann als eine weitere Grundeigenschaft verstanden werden. Durch beständigen zusätzlichen Einsatz des Gewinns für die Ausdehnung der Produktionsstrukturen wachsen die Kapitale und produzierten Güter an.

Die Marktwirtschaft – in Abgrenzung zum Produktionssystem Kapitalismus – beschreibt nicht die Herstellung der Güter, sondern ihre Verteilung. In der Marktwirtschaft werden die wie auch immer produzierten Güter über freie Märkte und Marktpreise verteilt. Schumpeter trennt klar die Marktwirtschaft vom Kapitalismus, zumal er auch die „vorkapitalistische Verkehrswirtschaft“ von der kapitalistischen abgrenzt¹⁷: „Ein Kapitalist verfügt über eine Summe von ökonomischen Werten (Kapital), die er planmäßig dazu einsetzt, um eine größere Summe als zuvor eingesetzt zurückzuerhalten.“¹⁸ Aus dieser Differenzierung folgt die Trennung von Unternehmern und Kapitalisten.¹⁹ Dem Unternehmer kommt die Aufgabe zu, neue Kombinationen zusammenzuführen, um im Wettbewerb mehr Marktanteile zu erobern, währenddessen der Kapitalist im Kreislauf der Wirtschaft für die Produktion zuständig ist. Beides kann zusammenfallen, es muss aber nicht: „Deshalb ist es auch der Nationalökonomie schwer gefallen, im Fa-

14 Der von marxistischer Seite nun getätigte Einwand, der Mehrwert wäre – semantisch korrekt – die Grundlage anderer Einkommensformen wie Rente, Gewinn und Zins führt bereits in die politisch-gesellschaftskritische Debatte.

15 Vgl. Karl Marx: Das Kapital. Bd. 3, Berlin 1983.

16 Piero Sraffa: *Production of commodities by means of commodities*, Cambridge 1960.

17 Schumpeter 1952, S. 300.

18 Joseph A. Schumpeter: *Konjunkturzyklen. Eine theoretische, historische und statistische Analyse des kapitalistischen Prozesses*. Bd. 1, Göttingen 1961, S. 112.

19 Vgl. Schumpeter 1952, S. 112.

brikherren von vor hundert Jahren den Kapitalisten und den Unternehmer auseinander zu halten.“²⁰ Bei Schumpeter stellt der Unternehmer auf Elemente des Marktes ab, der sich durch Anpassung, Innovation und Wettbewerb auszeichnet. Das kapitalistische Element hingegen zielt auf die Form der Reproduktion.

Wettbewerb stellt in der Marktwirtschaft ein bedeutendes Element dar, denn indem die Preise als Entscheidungskriterium dienen, stehen Anbieter aber auch die Nachfrage in ständiger Konkurrenz um Geld und Güter. Kapitalismus kommt grundsätzlich ohne Wettbewerb aus und er hat aufgrund der Akkumulation bereits eine ihm inne wohnende Tendenz zum Monopol. Es obliegt der Politik, die gesellschaftlich unerwünschten Effekte der kapitalistischen Wirtschaftsform zu beseitigen. Die Wirtschaftstheorie hat ihr mit Begriffen wie der Wohlfahrt die Instrumente für die Regulierung in die Hand gegeben. Einer der Väter der Sozialen Marktwirtschaft, Walter Eucken, grenzt das der Produktionsform zugehörige Eigentum vom Wettbewerb auf den Märkten ab. Privateigentum in einer monopolistischen Wirtschaftsform endet in ungezügelter Macht, die zwar dem Eigentümer Nutzen stiftet, aber keine Wohlfahrtseffekte für die Allgemeinheit zeitigt: „Die Wettbewerbsordnung [ist] eine Voraussetzung dafür, dass das Privateigentum an Produktionsmitteln nicht zu wirtschaftlichen und sozialen Missständen führt.“²¹ In dieser Ausführung Euckens findet sich implizit die Trennung von Verkehrs- und Produktionssphäre wieder.

Ob, wie Galbraith ausführt, die Marktwirtschaft in einer bestimmten historischen Epoche alle Strukturmerkmale des Kapitalismus beinhaltet, ist für die Trennung der Begriffe Marktwirtschaft und Kapitalismus nicht relevant. Was für einen bestimmten Zeitraum und historische Begebenheiten zutrifft, muss keineswegs für eine andere Ära zutreffend sein. Daher bietet sich die konkretisierende Begrifflichkeit „kapitalistische Marktwirtschaft“ an. Braudel vertritt die Ansicht, die Marktwirtschaft habe bereits vor dem Kapitalismus existiert.²²

Bei stärkerer Abstraktion lässt sich die zwingende Verbindung zwischen Marktwirtschaft und Kapitalismus nicht halten. Ein Blick auf den Weltmarkt des letzten Jahrhunderts verdeutlicht, wie auf dem Markt unterschiedliche Produktionsregime aufeinander treffen können. Es konkurrierten Güter der kapitalistischen Produktionsweise mit Waren, die in sozialistischen Ländern gefertigt wurden. Staatlich gestützte subventionierte Exporte aufstrebender Schwellenländer finden sich auf Märkten ebenso wie die von Händlern vertriebenen Produkte aus

20 Schumpeter 1952, S. 116.

21 Vgl. Walter Eucken: Die Politik der Wettbewerbsordnung – Die konstituierenden Prinzipien, in: Depenheuer 2009, S. 60.

22 Vgl. Luc Boltanski/Ève Chiapello: Der neue Geist des Kapitalismus, Konstanz 2003, S. 40.

Naturalwirtschaften. Der Markt dient einzig dem Tausch und dem Wettbewerb – er ist jedoch nicht an eine bestimmte Produktionsform gebunden.

Der Begriff Marktwirtschaft beschreibt den Modus der Verteilung der Güter und definiert eine Verkehrsform. Sie ist von der Produktionsform zu trennen. Die Effizienz der Marktwirtschaft resultiert aus der schnellen Anpassung der Produktions- und Konsumententscheidungen durch den dezentralen Preismechanismus. Ihr gegenüber findet sich die Zentralverwaltungswirtschaft. Per bürokratisch oder politisch verordneter Preise können Güter durch eine Zentralverwaltung verteilt werden: Die Zentralverwaltung stellt eine Form des Gegensatzes zur Marktwirtschaft dar.

Es steht dem politischen System frei, die Marktwirtschaft als Verkehrsform zu installieren. Prinzipiell kann die Politik aber marktwirtschaftliche Mechanismen wie Insolvenzen mit staatlichen Zentralverwaltungsprozessen stets verhindern. Der Staat kann bei Betrieben in gesellschaftlichem Eigentum ebenso eingreifen wie bei Unternehmen in Privateigentum. Die Frage, wem Betriebe gehören und wer die Entscheidungen in den Unternehmen trifft, ist eine Frage der Produktionsform. Die Frage hingegen, ob die Betriebe rentabel arbeiten müssen, ist eine Frage der Verkehrsform. Die These lautet, dass es für die Effizienz irrelevant ist, ob sich der Betrieb in der Produktionssphäre im kapitalistischen oder gesellschaftlichen Eigentum befindet, und dass das Schicksal der Unternehmungen und die Frage, ob sie aufgrund von Verlusten aus dem Wirtschaftsprozess ausscheiden müssen von der markt- oder zentralverwaltungswirtschaftlichen Gestaltung der Verkehrssphäre abhängt. Mit anderen Worten: Es gibt ebenso gewinnträchtige Staatsbetriebe, die am Markt bestehen, wie es verlustreiche Privatunternehmen gibt, die auf Staatshilfen angewiesen sind. Ob eine Firma Pleite geht, ist einzig davon abhängig, ob sich der Staat bereit zeigt, marktwirtschaftliche Prozesse gewähren zu lassen. Wenn der Staat wiederum marktwirtschaftliche Prozesse verhindert, ist es egal, ob das Unternehmen eine private oder gesellschaftliche Eigentumsform aufweist. Häufig wird privat geführten Unternehmungen eine höhere Rentabilität unterstellt, da sie aufgrund des Gewinnstrebens und der Insolvenzgefahr eine höhere Effizienz besäßen. Aus der Größe und systemischen Bedeutung einiger Unternehmungen resultierende Unzerstörbarkeit („too big to fail“) und daraus entstammender „moral hazard“ haben die Limitierungen dieser These bewiesen.

Die Vorstellung eines zentral verwalteten Kapitalismus bereitet viel weniger gedankliche Hürden als eine Marktwirtschaft mit gesellschaftlichem Eigentum. Die Umgangsform mit gesellschaftlichem Eigentum an Produktionsmitteln ist vorerst völlig offen. Erst wenn das gesellschaftliche Eigentum mit einer Diktatur

zusammenfällt, die sich anmaßt, den Menschen Konsum- und Produktionspläne vorzuschreiben, entwickelt sich der aus der Geschichte bekannte Zwang und daraus resultierende Ineffizienz. Gesellschaftliches Eigentum kann aber ebenso marktwirtschaftlich genutzt werden. Die Produktionsentscheidung in gesellschaftlichen Unternehmen fällen gesellschaftliche Institutionen bzw. Gremien: Der Unterschied zwischen kapitalistischem und gesellschaftlichem Eigentum findet sich nur in den mit den Eigentumsrechten verbundenen Entscheidungsrechten. Bei der kapitalistischen Unternehmung ist es der Eigentümer oder beauftragte Manager, das Konsortium oder der Magnat. Bei der gesellschaftlich-staatlichen Unternehmung sind es die Kommunen per Beschluss, die Staatsbetriebsleitungen oder die vom Land beauftragten Bevollmächtigten, welche die Leitung innehaben. Die Entscheidungsträger in Betrieben gesellschaftlichen Eigentums können ebenso an ihrer Effizienz gemessen und bei Verlusten gegen kompetenteres Personal ausgetauscht werden.

In gesellschaftlichem Eigentum befindliche Betriebe wären – theoretisch – im Stande insolvent zu gehen: Ob Betriebe Pleite gehen und Verluste zum Ende des Geschäftsmodells führen, ist gar nicht von der Eigentumsform abhängig. Natürlich könnte auch ein Staatsbetrieb insolvent gehen und ebenso könnte er von einem anderen Staatsbetrieb übernommen werden. Dass es selten passiert, bedeutet nicht, dass es nicht geht: „Auch bei juristischen Personen des öffentlichen Rechts kann die typische Insolvenzsituation auftreten, dass eine unzureichende Haftungsmasse unter Beachtung des Grundsatzes der Gläubigergleichbehandlung auf mehrere Gläubiger aufgeteilt werden muss, zu deren voller Befriedigung sie nicht ausreicht. Insofern ging bereits der historische Gesetzgeber des 19. Jahrhunderts von der Konkursfähigkeit juristischer Personen des öffentlichen Rechts aus.“²³ Kommunale Betriebe könnten unter dieser Prämisse insolvent gehen: „Die Kommunen sind hinsichtlich ihrer in privater Rechtsform betriebenen Unternehmen durch Bundes- oder Landesrecht nicht zur Insolvenzabkehr verpflichtet.“²⁴ Ein insolventes Stadtwerk kann bspw. von einem Verbund anderer potenter kommunaler Unternehmen übernommen werden. Es gibt ebenso gewinnträchtige Staatsbetriebe, wie es insolvente gibt.

Die Frage, ob ein Betrieb aus dem Markt scheidet, hängt von der Verkehrsform ab. Der Staat kann zentral eingreifen und Geld nachschießen oder er kann die Unternehmen insolvent gehen lassen. Allerdings heißt dieser Vorgang bei Staatseigentum, dass er den „Geschäftsbetrieb einstellt“. Im Zuge der Finanzkrise ging die Sächsische Landesbank Pleite, Reste von ihr wurden mit der Lan-

23 Vgl. BT Drs. 15/5095, S. 3.

24 Ebenda.

desbank Baden-Württemberg verschmolzen. Staatliche Betriebe können ebenso privatisiert werden, was bedeutet, dass der Staat nicht mehr genug Geld hat, für die Verluste aufzukommen, aber auch in diesem Fall geht das gesellschaftliche Eigentum verloren.

Per Zentralverwaltungswirtschaft kann jeder Betrieb gestützt werden, wobei es bedeutungslos ist, ob er privat-kapitalistisch oder gesellschaftlich-öffentlich strukturiert ist. Das Debakel um den Berliner Flughafen wäre schlicht beendet, wenn sich die Landesregierungen und der Bund nicht entschieden hätten, den Betrieb zu stützen. Es könnte durchaus sein, dass der Berliner Flughafen ein weiteres öffentliches Unternehmen ist, das Pleite geht. Andersherum können ebenso in Privateigentum befindliche kapitalistische Unternehmen per Zentralverwaltung subventioniert werden. Die bei einzelnen Unternehmen immer wieder vom Staat gewährten Finanzhilfen sind Zentralverwaltungsmaßnahmen und schützen vor marktwirtschaftlichen Bereinigungsprozessen. Die HRE ist ein kapitalistisches Unternehmen, dem mit Milliarden geholfen wurde. Schlecker hätte vom Staat ebenso gestützt werden können wie zuvor Opel etc.

Die Flucht von der kapitalistischen zur gesellschaftlichen Betriebsform in der Produktionssphäre bringt aber nichts: Verlustreiche Staatsbetriebe werden privatisiert, während insolvente Privatbetriebe verstaatlicht werden. Das Schicksal entscheidet sich in der Verkehrssphäre und am Ende werden die Unternehmen mit Steuergeld und damit durch Entscheidungen der Zentralverwaltung gerettet.

Die Worte sind vorsichtig gewählt, denn sie sollen dem analytisch-ideologischen Trugschluss der Kapitalismus-Sozialismus-Debatte entgehen. In dieser politischen Debatte sind Produktions- und Verkehrssystem bereits präjudiziert. Sie sind per definitionem miteinander verkettet und lassen sich gar nicht mehr heuristisch trennen. Die Vergatterung beider Sphären auf jeweils eine bestimmte Form ist der politischen Auseinandersetzung des 20. Jahrhunderts geschuldet und verschleiert mehr als sie Nutzen stiftet. Im Ost-West-Konflikt standen sich semantisch korrekt nicht Kapitalismus und Sozialismus gegenüber, sondern kapitalistische Marktwirtschaft und auf gesellschaftlichem Eigentum basierende Zentralverwaltungswirtschaft. Diese Differenzierung lässt Raum für insgesamt vier Kombinationen von Verkehrs- und Produktionssphäre. Es können sich kapitalistische Marktwirtschaft oder kapitalistische Zentralverwaltungswirtschaft ebenso ausprägen wie eine auf gesellschaftlichen Eigentum basierende Markt- oder Zentralverwaltungswirtschaft. Der Sozialismus ist eine spezifische Form der auf gesellschaftlichem Eigentum basierenden Zentralverwaltungswirtschaft.²⁵ Aber er ist nicht die einzige.

25 Vgl. hierzu Kapitel VI.1.

Für die weitere Argumentation sind diese historischen Beispiele nicht wichtig. Sie besitzen nur insoweit Relevanz, als dass sie unterstreichen, dass Produktions- und Verkehrssphäre getrennte Ebenen des Wirtschaftssystems darstellen. Es gibt darüber hinaus weitere Kombinationen von Produktions- und Verkehrssphäre. Die Differenzierung soll nur verdeutlichen, dass der Kapitalismus nicht an die Marktwirtschaft gebunden ist. Trotzdem vermag ein kurzer Blick in die Geschichte die Plausibilität der Trennung von Produktions- und Verkehrssphäre und den Unterschied von Kapitalismus und Marktwirtschaft erhärten. Im Deutschland der 1930er Jahre, während des Nationalsozialismus, lag eine kapitalistische Produktionsweise vor, allerdings erfolgte die Verteilung nicht über eine Marktwirtschaft, sondern über marktfreie Preise, die der Staat über aufgestaute Inflation steuerte. Am Vorabend des Durchbruchs der kapitalistischen Produktionsweise fand die Herstellung der Güter in Manufakturen statt. Die Verteilung in der Verkehrssphäre erfolgte bereits über Märkte, allerdings war in der Produktionssphäre noch nicht das kapitalistische Regime etabliert. Dysfunktional mutete die sozialistische Marktwirtschaft an, die im ehemaligen Herrschaftsgebiet der Sowjetunion eher ein Experiment darstellte ohne sich zu einem praktikablen Ordnungsmodell zu entwickeln. Alle diese Kombinationen führen jeweils zu einem bestimmten Effizienzniveau. Prinzipiell sind sie alle als Wirtschaftsmodelle denkbar und bereits erprobt, allerdings gehen sie einher mit spezifischen Wohlfahrtsgewinnen oder -verlusten für die Gesellschaft. Vor dem Hintergrund ihrer Effizienz setzten sich einige durch, während andere auf den „Müllhaufen der Geschichte“ landeten – ironischerweise jene, die von ihren Initiatoren als Sperrspitze des Fortschritts konzipiert wurden.

Nach diesem Rekurs, der einzig der Unterlegung der Trennung von Produktions- und Verkehrssphäre und damit dem Kapitalismus und der Marktwirtschaft diene, soll der Gedanke der Alternativen zur Marktwirtschaft erneut aufgegriffen werden. Es zeigt sich, dass der Kapitalismus nicht mit der Marktwirtschaft zusammenfallen muss. Prinzipiell sind Verkehrsformen möglich, die zu marktfreien Preisen führen. Die Entwicklung der Volkswirtschaften von der kapitalistischen Marktwirtschaft hin zur Vollkasko-Ökonomie wird zeigen, dass die Politik zwar den Markt ausschaltet, aber die Produktionsform des Kapitalismus nicht berührt.

2. Kredite und Geldmenge in der Finanz- und Marktwirtschaft

Im nächsten Schritt findet das Geld Eingang in die Betrachtung, wobei im Mittelpunkt die Geldmenge einer Volkswirtschaft und die Frage nach der marktwirtschaftlichen Gestaltung der Kreditvergabe und der Geldschöpfung stehen. In der

Warenwirtschaft wird eine Ware gegen Geld getauscht, um damit wieder eine Ware zu kaufen. Dieses Schema wurde definiert als W-G-W. In der Produktionsform des Kapitalismus hingegen wird Kapital vorgeschossen, um im Produktionsprozess einen Überschuss zu erwirtschaften: Das Prinzip lautet nun: G-W-G'. Geld ist im Kapitalismus notwendige Voraussetzung, um den Produktionsprozess zu starten. Es stellt den Ausgangspunkt eines Prozesses dar, der dazu dient, mehr Geld zu schaffen. Mit dem Überschuss bedient der Unternehmer den Zins für das geborgte Kapital, aber auch den Lohn für die Arbeitnehmer und sein eigenes Auskommen.

Für diese Funktionsweise des Kapitalismus stellt die Finanzsphäre ein wichtiges Element dar. Sie bietet dem Produzenten jenes Kapital, das er benötigt, um den Wirtschaftsprozess zu initiieren. Wesentliches Element des Kapitalismus ist eben – *nomen est omen* – der Einsatz von Kapital für den Produktionsprozess. In der Übergangsphase zum Kapitalismus verfügten die ehemaligen Manufaktur- und schließlich Fabrikeigentümer selbst über das notwendige Kapital, um den Produktionsprozess zu starten. Inzwischen ist die Ressource Geld weitgehend in den Händen des Finanzsystems und damit bei den Finanzinstituten konzentriert. Das Finanzsystem setzt sich aus den beiden Komponenten Zentral- und Geschäftsbanken zusammen. Die Zentralbank stellt Zentralbankgeld für das Geschäftsbankensystem zur Verfügung.

Um die Eigenheiten der Entwicklung der Marktwirtschaft zur Vollkasko-Ökonomie darzustellen, muss in den nächsten Absätzen kurz die Entwicklung des Finanzsystems dargelegt werden, bevor die Probleme der Ausdehnung der Papiergeldmenge in den Mittelpunkt rücken. Geld entwickelte sich in vier Stufen, wobei derzeit mit ungedecktem Papiergeld gezahlt wird. Zu Beginn der Entwicklung des Geldes stand das den einfachen Warentausch ermöglichende Warengeld. Warengeld war Geld, dessen Wert durch ein Güterbündel definiert wurde. Am Beginn stand der einfache Warentausch, in dem die Güter in dem Maße getauscht wurden, wie es Arbeit gekostet hat, sie zu fertigen. Statt die Waren direkt zu tauschen, konnte auch das Warengeld als Tauschmittel dienen. Es bestand aus Dingen, die allgemein einen hohen Nutzen aufwiesen, was seine Verwendung in weiten Kreisen gewährleistete. „Um irgendeinem Gute die Bedeutung des Geldes zu geben, ist nur erforderlich, dass die allgemeine Annahme damit verknüpft ist. An der Landesgrenze gelten manchmal Goldstaub oder Goldklumpen als Geld ohne irgendwelche gesetzliche Sanktionen. In der Kolonie Virginia war es Tabak. Bei den Indianern in New England galt der Wampum als Geld.“²⁶

26 Irving Fisher: Die Kaufkraft des Geldes. Ihre Bestimmung und ihre Beziehung zu Kredit, Zins und Krisen, Berlin 1916, S. 7.

Mit der Einführung der Metalle als Tauschmittel veränderte sich der Charakter des Geldes weg von einem Gut mit Gebrauchs- hin zu einer Ware mit reinem Tauschwert. Die Münze diente nunmehr als Speicher eines gewissen Quantum Wert, der sie zum Tausch gegen andere Güter befähigt. Der Wert der Münze kann daher nicht absolut sein, sondern ist gebunden an die Bedingungen der Herstellung. Sinken die Kosten oder der Aufwand für die Gewinnung der Metalle, verliert die Münze entsprechend an Wert. Beim Geld auf Metallbasis lässt sich wie bei allen Dingen ein Wertverfall bei starker Vergrößerung der Menge feststellen. Der Metallgehalt des Geldes besitzt zwei Funktionen. Einerseits ist es der Gradmesser der Arbeitsleistung, die den „objektiv“ bestimmbaren Wert der Münze definiert. Er ist andererseits ebenso der Maßstab, nach dem sich der Mensch in seiner subjektiven Wertschätzung des Geldes richtet – der Metallgehalt ist jener Transportcontainer, der als Tauschmittel dient, aber nur, weil alle Menschen ihm gegenüber diese subjektive Wertschätzung teilen. Er kann daher nicht absolut sein, sondern ist abhängig vom Wert, dem ihm der Mensch entgegenbringt. Münzen hatten den Vorteil der Zähl- und Rechenbarkeit. Die ersten Münzen besaßen noch keine Prägung, sodass Qualitätsprüfungen und Wiegen notwendig waren. In der nächsten Stufe folgte die Münzprägung, welche die Prüfung des Geldes weitgehend überflüssig machte und den Umgang vereinfachte.²⁷

Welche Form dem Datenträger als Rechnungseinheit für den Warentausch dient, besitzt keine Relevanz, solange er seiner Funktion als Wertträger gerecht wird. „Buchungstechnisch gesehen sind Zahlungsmittel lediglich Datenträger. Ihr Materialwert kann beliebig gering sein. Worauf es ankommt, ist ihre Funktionstüchtigkeit.“²⁸ Es ist bedeutungslos, ob die Münze physisch vorliegt, oder ob ein Papierschein den Anspruch darauf verkörpert, solange ein Koordinator garantiert, das Papier in entsprechende Münzen – und damit das Quantum Arbeit mit entsprechenden Güteranspruch – zu tauschen. Die Entwicklung vom Metall- zum Papiergeld im Geldsystem findet seinen entsprechenden „Vollzug“ im Bankensystem. Bei einem Geldsystem von Girobanken mit enger Bindung an das Warengeld, bei dem in den Banken so viel Edelmetalle lagern müssen, wie die Anleger eingezahlt haben, kann nur so viel Geld verliehen werden, wie real an Geldbeständen vorhanden ist. „Die Transferbanken [...] stellen jedoch noch reine Depositenstellen dar, da die bei ihnen verzeichneten Guthaben vollständig durch Warengeld gesichert sind. Die Entstehung von Guthaben bei solchen Banken bedeutet keine Schaffung von Kreditgeld oder eine Geldschöpfung.“²⁹ Im nächsten

27 Rudolf Richter, Geldtheorie: Vorlesung auf der Grundlage der allgemeinen Gleichgewichtstheorie und der Institutionenökonomik, Berlin 1990, S. 107.

28 Richter 1990, S. 108.

29 Vgl. Paul Terres Die Logik einer wettbewerblichen Geldordnung, Tübingen 1999, S. 170.

Schritt begannen die Banken Wechsel auf den Hartwährungsbestand auszustellen: Verallgemeinert begab jede Bank ihr eigenes Papiergeld. Die Hartwährung – das Metall – wird bei der Bank deponiert. Weil sich der Zahlungsvorgang mit Schecks oder Wechseln einfacher gestaltet, gibt die Bank bei der Kreditvergabe Papiergeld in Höhe der Hartwährung heraus. Nach einem Zahlungsvorgang wird der Scheck bzw. das Papiergeld wieder bei der jeweiligen Bank gegen das entsprechende Hartgeld eingetauscht. Da durch die reine Aufbewahrung von Metall große Mengen an Kapital brach lagen, gingen die Banken dazu über, Geld zu verborgen, das noch auf den Konten der Anleger liegt. Weil die Kontoinhaber nur einen gewissen Teil überhaupt abheben, muss auch nur dieser Teil wirklich physisch vorhanden sein. Die Banken begannen, mehr Geld zu verleihen, als an Bargeld in ihren Tresoren lagerte.

Solange Geld an ein nicht beliebig reproduzierbares Metall wie Gold gebunden ist, kann eine Bank zwar mehr Kredit gewähren, als sie über Hartgeldbestände und somit real vorhandenen Sparguthaben ihrer Kunden verfügt. Solange das Papiergeld an Hartgeld gebunden ist, muss sie aber eine gewisse Vorsicht walten lassen, denn wenn die Kunden mehr Geld zurückfordern, als die Bank insgesamt noch in den Tresoren hat, ist sie pleite.³⁰ Das Kreditinstitut wird Geld nur an solvente Kreditnehmer verleihen und durch Diversifikation und hohe Zinsen darauf achten, stets einen ausreichenden Mittelrückfluss zu garantieren. Die Entwicklung des Geldes ist in dieser Stufe an der Stelle angelangt, an der der Goldstandard scheiterte, der sich noch im Bretton-Woods-System der festen Wechselkurse von 1952 manifestierte. Das System gestaltete sich mehr und mehr dysfunktional und wurde in den 1970er Jahren abgeschaltet. Seit diesem Zeitpunkt gibt es das ungedeckte Papiergeld. Der Grund der Umstellung findet sich in den Exportüberschüssen, welche einige exportstarke Länder gegenüber den USA realisierten. Weil die USA mehr kauften als sie über Importe verdienten, dehnten sie die Dollarmenge aus und mussten beständig die von den Exportländern verdienten Dollar zu einem festen Kurs gegen Gold tauschen – bis sie keins mehr hatten und das System im August 1971 den Dienst einstellte. Es folgte der Übergang zum ungedeckten Papiergeld. Von nun an ist das Papier der Wertspeicher und der Anspruch auf Güter zugleich. Es erfolgt mit dem ungedeckten Papiergeld nunmehr keine Chiffrierung in eine Geldform, die selbst Wert besitzt, sondern das Papiergeld stellt einen unmittelbaren Anspruch auf Güter dar. Marx: „Während das Gold zirkuliert, weil es Wert hat, hat das Papier Wert, weil es zirkuliert.“³¹

30 Vgl. Selgin, in: Altmiks, S. 88f.

31 O.V.: Chrestomathie zur Politischen Ökonomie, Berlin 1964, S. 63.

Vollkasko-Ökonomie

Angriff auf die Marktwirtschaft?

Illing, F.

2014, X, 155 S. 1 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-03667-6